

## DIE ORGANE DER CHINESISCHEN AUSSENPOLITIK

Oskar Weggel

**Parteiapparat, Staatsapparat und halboffizielle "Brückenorgane" sind die drei Instanzen, von denen die Aussenpolitik der Volksrepublik China beschlossen und durchgeführt wird - und zwar auf drei Ebenen: zwischen den Staaten, zwischen den "Völkern" und zwischen den kommunistischen Parteien. Der nachfolgende Artikel geht auch auf die Themen Informationsbeschaffung und Entscheidungsbildung ein.**

Da die Volksrepublik China auf der Bühne der internationalen Politik in einer Doppelrolle auftritt, müssen auch die Zuständigkeiten auf verschiedene Organe verteilt sein. Einem einzigen Organ wäre es ja wohl kaum möglich, die oft schmale Gratwanderung zwischen nationalen Interessenzwängen und ideologischen Kampfpodulaten ohne Funktionsstörungen zu vollziehen.

Obwohl die "Richtlinien" der Außenpolitik sowohl bei Verfolgung der nationalen wie der revolutionären Interessen letztlich an der Spitze des Parteiapparates festgelegt werden, verbleibt die Ausführung verschiedenen Organen vorbehalten: Soweit es um Maßnahmen der Rechten oder Linken Strategie geht, ist der Parteiapparat (1) zuständig. Für die Pflege der zwischenstaatlichen Beziehungen sorgt der Staatsapparat; Beziehungen mit diffusum Charakter werden von halbstaatlichen Organen wahrgenommen.

### 1. PARTEIAPPARAT UND AUSSENPOLITIK

Höchste Entscheidungsinstanz für Fragen der Außenpolitik ist das Politbüro. Obwohl dort die wichtigsten Richtlinien im allgemeinen von allen 21 Mitgliedern (einschl. wohl auch der vier Kandidaten) gemeinsam getroffen werden, gibt es doch einzelne Persönlichkeiten, die man als außenpolitische "Spezialisten" bezeichnen kann. Ganz allgemein könnte man sagen, daß die wichtigeren Politbüromitglieder mehr mit Außenpolitik befaßt sind als die weniger wichtigen. Chou En-lai und Li Hsien-nien z.B. hatten hier jahrelang eine Schlüsselposition inne. (Die "Kasernen" haben im allgemeinen kaum Einfluß auf die Außenpolitik.)

Das ZK ist im außenpolitischen Bereich eher ein Akklamations- als Konsultations- oder aber Koordinationsgremium, obwohl das Politbüro allzeit darauf bedacht sein wird, jedem Plenum einen ausführlichen formellen Rechenschaftsbericht auch in außenpolitischen Angelegenheiten vorzulegen.

Die eigentliche Schlüsselrolle für die Umsetzung außenpolitischer Politbürobeschlüsse liegt bei der "Abteilung für Internationale Verbindungen" im ZK (chung-yang kuo-chi lien-lo-pu), das "unter der Leitung des Vorsitzenden, des Stellvertretenden Vorsitzenden und des Ständigen Ausschusses des Politbüros" steht (Art. 9/Abs.4 der Parteisatzung von 1973).

Bis zur Kulturrevolution bestand die "Abteilung für internationale Beziehungen" aus einem Vorsitzenden, fünf Stellvertretern und einem sogenannten "Hauptbüro" (pan-kung-shih), das sich

seinerseits aus zehn Büros sowie weiterhin aus sechs Instituten und vier sogenannten "Bewegungsabteilungen" zusammensetzte.

- Zuständigkeitsbereiche der "Büros":

Nr. 1: Sowjetunion und Westeuropa; Nr. 2: Südostasien; Nr. 3: Japan; Nr. 4: Westasien; Nr. 5: Afrika; Nr. 6: Lateinamerika; Nr. 7: USA; Nr. 8: Europa; Nr. 9: Studienvorlesungen; Nr. 10: Massenorganisationen.

- Zuständigkeitsbereiche der "Institute":

Institut Nr. 1: Internationale Verbindungen; Nr. 2: Sowjetunion und Osteuropa; Nr. 3: Westeuropa, Nordamerika; Nr. 4: Lateinamerika; Nr. 5: Asien; Nr. 6: Südostasien.

- Zuständigkeit der "Bewegungsabteilungen":

Nr. 7: Internationale Gewerkschaftsfragen; Nr. 8: "Friedensausschuß"; Nr.9: Jugendverbände; Nr.10: Frauenverbände

Neuere Organentwicklungen sind im Ausland nicht bekannt geworden. Die jetzigen Strukturen dürften aber denen vor 1966 zumindest ähneln. Die zehn "Büros" unterschieden sich von den 6 Instituten dadurch, daß ihnen gewisse Entscheidungsbefugnisse zustanden, während die letzteren als reine Forschungsstellen organisiert waren.

Gleichwohl ist die Rolle der "Institute" nicht gering einzuschätzen. Die berühmten "Neun Offenen Briefe" an die KPdSU von 1963/64, in denen der ideologische Streit zwischen Moskau und Peking seinen genau präzisierten Ausdruck fand, wurden vom Institut Nr. 1 (Internationale Beziehungen) verfaßt und mit Billigung der Parteizentrale publiziert.

Die "Bewegungsabteilungen" sollen auf internationaler Ebene die Verbindungen in ihrem jeweiligen Bereich aufrechterhalten (Gewerkschaftsbewegung, Friedensbewegung, Jugendbewegung und Frauenbewegung.)

Der Friedensausschuß arbeitet u.a. Pläne für Massenkundgebungen aus, die im Dienste der Lösung bestimmter internationaler Fragen oder zugunsten eines Landes (Korea, Vietnam etc.) gestartet werden. Die vier "Bewegungsabteilungen" unterstanden gemeinsam dem Büro Nr. 10.

Da dieser Apparat wesentlich zur Entscheidungsfindung im außenpolitischen Revolutionsprozeß beiträgt, ist die Frage nach

der Informationsaufnahme nicht unwesentlich. Fünf Kategorien von Lesestoff standen den Angehörigen der Abteilung für internationale Beziehungen zur Verfügung, nämlich

- die sogenannten "internen Nachrichten" (bestimmt nur für Spitzenfunktionäre (es waren dies Zeitungsartikel, die "heiße Eisen anfassen", z.B. mit der chinesischen Politik scharf ins Gericht gingen.)
- Die unter dem Titel "Nachschlagematerialien" ( ts'an-k'ao tzu-liao) firmierenden Nachrichten waren grundsätzlich ebenfalls nur für leitende Funktionäre bis hinunter zum Chef einer Abteilung oder eines Büros zugänglich. Außerdem konnten Parteimitglieder Einblick nehmen (bis zur Kulturrevolution gehörte nicht einmal die Hälfte der Angestellten im ZK der Partei an!). Das "Nachschlagematerial" war übrigens durchwegs westlicher Provenienz. Es wurde von der Agentur "Neues China" bereitgestellt, deren 300-400 Mitarbeiter mit der Aufgabe betraut waren, die ausländische Presse zu sichten und einschlägige Artikel ins Chinesische zu übersetzen. Die dabei entstehende Informationslawine war nur in den seltensten Fällen zu bewältigen. Täglich liefen zwei Ausgaben, eine Vormittags- und eine Nachmittagsedition, mit einer Blattstärke von nicht selten 400 Seiten über den Tisch der Referenten. Abgezeichnete Materialien wanderten in das Archiv. Bei der Beschaffung von Zeitungs- und Zeitschriftenmaterial, vor allem aus den USA, war das ZK nicht sparsam. Die wichtigsten Periodika mußten per Luftpost herangeschafft werden, wobei Hong Kong als Drehscheibe eine wichtige Rolle spielte. Diese finanzielle Großzügigkeit, die gerade bei den sonst so sparsamen Chinesen bemerkenswert ist, zeigt, wieviel der Führung in Peking die Meinung des westlichen Auslandes wert ist.
- Die "internen Informationen über sozialistische Länder", die Einblick in das Innenleben sozialistischer Staaten gewährten, und die ebenfalls von der Agentur Neues China zusammengestellt worden waren, fielen wesentlich dünner aus als die Materialsammlungen über den Westen.
- Die "Nachrichten japanischer Agenturen" wiederum übertragen an Umfang die Informationen über die sozialistischen Staaten!
- Den weitesten Leserkreis erreichten die "informativen Nachrichten" (ts'an-k'ao hsiao-hsi), in denen westliche Agenturmeldungen und Artikel zu einer Zeitung zusammengefaßt waren, deren redaktionelles Ziel darin bestand, einen möglichst geschlossenen Überblick über die westliche Presse zu geben. Diese Kompilation erscheint zwar nicht im freien Handel, wird aber sogar noch in Massenorganisationen verteilt. Das Mondlandeunternehmen der Amerikaner wurde den Chinesen zwar nicht durch eine der offiziellen Zeitungen bekannt gegeben (eine solche Meldung hätte affirmativen Charakter gehabt!), wohl aber über die "informativen Nachrichten"!

Alles in allem sind die Entscheidungsorgane also über die Außenwelt gut unterrichtet. Eine andere Frage geht jedoch dahin, wie Informationen dieser Art interpretiert werden.

Abschließend noch ein Wort zu den KP-KP-Beziehungen, die im Rahmen der "Drei-Ebenen-Diplomatie" von Bedeutung sind: Unter den in ihrem Land regierenden kommunistischen Parteien werden von Peking nur noch wenige als wirklich "sozialistisch"

anerkannt, nämlich Albanien, Rumänien, Nordkorea, Nordvietnam und - seit 1975 - auch Kambodscha und Laos.

Sie alle haben nur wenige Grundzüge gemeinsam, zum Teil nicht einmal den Antisowjetismus. Mit der "sozialistischen" Rubrizierung Nordkoreas, dessen Führung noch während der Kulturrevolution als "revisionistisch" abqualifiziert worden war, scheint Peking um Sympathien in Pyongyang werben zu wollen. Ebenso in Hanoi.

Was andererseits die Mongolische Volksrepublik anbelangt, so ist sie in ihrem Gesellschaftssystem kaum weniger sozialistisch als Nordkorea, hat aber - für den Geschmack Pekings - zu viele sowjetische Truppen auf ihrem Gebiet stehen.

Ausschlaggebend für die "sozialistische" Einstufung von regierenden KPs ist letztlich nicht so sehr das in den betreffenden Ländern herrschende Maß der Verstaatlichung oder Kollektivierung, sondern vielmehr die antisowjetische Haltung der betreffenden KP (Albanien, Rumänien!) oder aber die Chance, solche KPs antisowjetisch beeinflussen zu können (Nordkorea, Nordvietnam).

Neben den regierenden KPs sind noch die zahlreichen Splitterparteien mit Pro-Peking-Kurs zu erwähnen, vor allem in der Zweiten Welt. In der Bundesrepublik beispielsweise existieren drei solche Formationen, nämlich die KPD/ML, die KPD und der KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschlands). Sie wurden bei einer Visite in Peking im Jahre 1975 offensichtlich zur Einheit ermahnt.

Weitere Splittergruppen sind die Australian Communist Party (ML) mit dem Parteivorsitzenden Hill, der wegen seiner früheren Zusammenkünfte mit Mao Tse-tung zwar den meisten Chinesen, aber nur wenigen Australiern bekannt ist, die Communist Party of New Zealand mit dem gleichfalls in China berühmten Vorsitzenden V.G. Wilcox, die schwedische KP, die US October League (ML), die britische KP (ML), die französische KP (ML), die Schweizer KP (ML), die italienische ML-Revolutionfront sowie die italienische KP-ML, die US Communist Party (ML), die polnische KP (außerhalb von Polen), die Vereinigung der Holländischen Marxisten-Leninisten, die bolivianische KP (ML) usw.

Die Namen dieser Splitterparteien tauchen vor allem dann auf, wenn ihre Glückwunschsadressen (zum Beispiel zum Nationalen Feiertag, zu einem Parteitag, zum Nationalen Volkskongreß etc.) abgedruckt werden.

Das Verhalten Pekings zu diesen Gruppen ist recht uneinheitlich. Einige von ihnen, wie die australischen und neuseeländischen Kommunisten, genießen hohes Ansehen. Ihre Führer wurden bereits von Mao Tse-tung persönlich empfangen. Andere, wie z.B. die drei deutschen Gruppen, hatten lange Zeit Schwierigkeiten, überhaupt in die Volksrepublik eingeladen zu werden. Ganz allgemein gesprochen, haben sie immer dann Chancen, in engere Parteikontakte einzutreten, wenn eine linke Phase chinesischer Außenpolitik anläuft. Ernsthaftige Gesprächspartner können sie angesichts ihrer politischen Bedeutungslosigkeit nicht sein. Auch stehen sie grundsätzlich "auf eigenen Beinen".

## 2. STAATSAPPARAT UND AUSSENPOLITIK

Im Sinne des Art. 2/Abs.1 der Verfassung von 1975 haben die staatlichen Außenorgane Entscheidungen v o r z u b e r e i t e n und a u s z u f ü h r e n, während die Partei sie trifft.

Welche Aufgaben i.e. auf die staatlichen Organe im Bereich der Außenpolitik zukommen, ist in der neuen Verfassung vom Januar 1975 an 10 Stellen direkt oder indirekt - wenn auch rudimentär - geregelt (2).

An der Spitze der Staatsorgane steht im außenpolitischen Bereich der "Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses", also ein Kollektiv, das - soweit Außenbeziehungen in Betracht kommen - die frühere Rolle des Staatspräsidenten übernommen hat. Der Ständige Ausschuß ist zuständig für die "Entsendung bevollmächtigter Vertreter ins Ausland und deren Abberufung, Empfang der bei ihm akkreditierten Vertreter anderer Staaten sowie für die Ratifizierung und Kündigung von Verträgen mit anderen Staaten" (Art.18/Verf.). (Hiermit sind besonders hochrangige Abmachungen gemeint wie Friedens- und Grenzverträge, Freundschafts- und Nichtangriffspakte.)

Völkerrechtlich vertritt der Ständige Ausschuß die VR China.

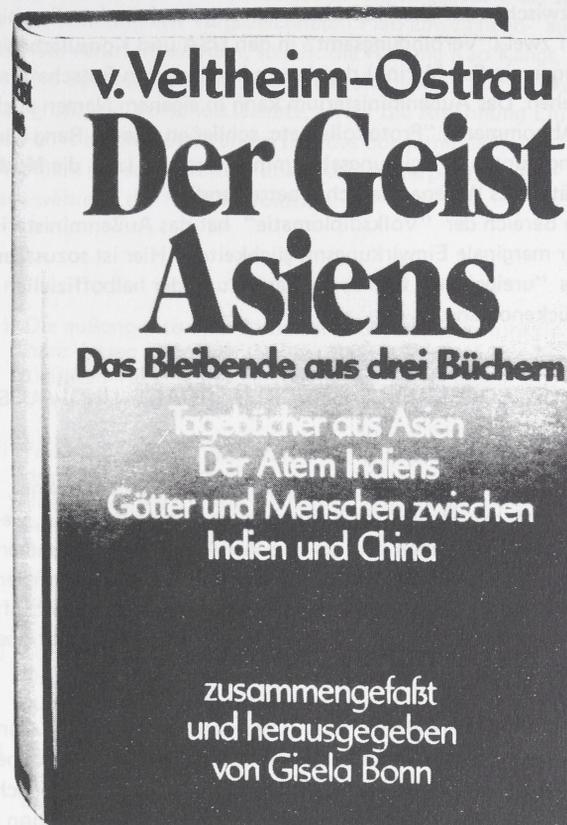
Unter dem Ständigen Ausschuß des NVK steht der Staatsrat als die "Zentrale Volksregierung", die sich aus dem Ministerpräsidenten, seinen 12 Stellvertretern und den 26 Ministern sowie den 3 Kommissionsvorsitzenden zusammensetzt. Der Staatsrat ist zuständig für die "einheitliche Leitung der Tätigkeit der Ministerien und der Kommissionen" (Art. 20/Verf.).

Vier Ministerien sind es vor allem, die direkt oder indirekt mit Außenpolitik befaßt sind, und die vom Staatsrat koordiniert werden, nämlich das Außenministerium, das Außenhandelsministerium (3), das "Ministerium für wirtschaftliche Verbindungen mit dem Ausland", eine Art chinesisches BMZ, und das Verteidigungsministerium. Ein starker Staatsratsvorsitzender (= Ministerpräsident) ist in der Lage, entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen auszuüben. Chou En-lai hat nach 1970 nicht nur seine "Öffnungs"-Politik durchdrücken können, sondern hat es sich überdies nicht nehmen lassen, in dichtester Folge Repräsentationspflichten zu erfüllen, die eigentlich einem Staatsoberhaupt obliegen hätten. Der Staatsrat schließt als "Regierung" (oder als "Zentrale Volksregierung") Abkommen mit "Regierungen" anderer Staaten, so z.B. über den "Warenaustausch und Zahlungsverkehr".

Was das Außenministerium selbst anbelangt, so ist es in seinem Bauplan immer wieder verändert worden. Vor allem das Verhältnis zwischen Regional- und Sachabteilungen unterliegt einer ständigen Neudefinition. 1973 ließen sich sechs Regionalabteilungen (für Afrika, Amerika und Ozeanien, Asien, Sowjetunion und Osteuropa, Westasien und Nordafrika sowie Westeuropa) und ebenso viele Sachabteilungen ausmachen (Information; Internationale Organisationen und Konferenzen, Verträge und Gesetze; konsularische Angelegenheiten; Protokollangelegenheiten; Personalfragen; Politabteilung). (4) Diese Abteilungen unterstehen entweder einzeln oder aber gebündelt den neun (5) Stellvertretenden Außenministern.

Wie bereits erwähnt, ist der Staatsapparat, u.a. auch das Außenministerium, nur ein Hilfsinstrument der Partei, die mit der üblichen dreifachen Verklammerung (Personalunion in den Führungspositionen, Monopolisierung der Richtlinienkompetenz, Bildung von Grundorganisationen in den einzelnen Abteilungen sowie den diplomatischen Vertretungen) dafür sorgt, daß niemals die Diplomatie über die Partei herrscht.

## Ein grandioses Porträt der Kultur Asiens:



550 Seiten, gebunden 38 DM

Reiseabenteuer, Städte- und Landschaftsbilder, Gespräche, Betrachtungen und historische Darstellungen fügen sich bei Veltheim-Ostrau zu einem grandiosen kulturellen Porträt Südasiens. Seine kongenialen Schilderungen östlicher Bräuche, Symbole und Religionslehren gehören zum Schönsten, was je ein Europäer darüber geschrieben hat.

"Veltheim-Ostrau hält genau die Mitte zwischen Wissenschaft und Enthusiasmus auf der einen Seite und populärer Reiseschriftstellerei auf der anderen. So bringt er das Kunstwerk zuwege, seine Leser gleichzeitig zuverlässig zu informieren, glänzend zu unterhalten und ihnen darüber hinaus eine Ahnung zu vermitteln von der übersinnlichen Eigenart indischen Denkens und Fühlens."

Thilo Koch

In jeder Buchhandlung

# claassen

Verlag, Postfach 9229, 4 Düsseldorf 1

Innerhalb der vom Parteiapparat erlassenen Rahmenbestimmungen hat das Außenministerium dafür zu sorgen, daß die beschlossene Außenpolitik durchgeführt, der Nachwuchs ausgebildet und der diplomatische Apparat koordiniert wird, der inzwischen auf über 100 Missionen angewachsen ist, die -bis auf zwei- ("Verbindungsamt" in den USA und Konsularbeziehungen in San Marino) durchwegs im Rang von Botschaften stehen. Das Außenministerium kann in eigenem Namen auch "Abkommen", "Protokolle" etc. schließen, die im Rang allerdings unter "Regierungsabkommen" stehen (z.B. die Modalitäten des Warenaustausches betreffend).

Im Bereich der "Volksdiplomatie" hat das Außenministerium nur marginale Einwirkungsmöglichkeiten. Hier ist sozusagen das "ureigenste" Gebiet der Partei- und der halboffiziellen Brückenorgane.

### 3. HALBOFFIZIELLE BRÜCKENORGANE UND AUSSEN-POLITIK

Als Brückenorgane werden hier solche Gremien bezeichnet, die zwischen Staats- und Parteiapparat eingespannt sind. Gemeint ist hier neben dem als eine Art Außenhandelskammer fungierenden CCPIT (Rat zur Förderung des Internationalen Handels) (6) das buntschimmernde Mosaik der Freundschaftsgesellschaften, der verschiedenen Volks-Massenorganisationen und der Solidaritätskomitees.

Freundschaftsgesellschaften (7) wurden nicht nur im Ausland gegründet (seit 1973 gibt es allein in der Bundesrepublik über ein Dutzend solcher Assoziationen), sondern haben sich auch in China selbst etabliert. Bis zum Beginn der Kulturrevolution ließen sich in China 39 solcher Freundschaftsvereinigungen nachweisen. Unter den 13 sozialistischen Staaten hatten allerdings nur sieben spezifische Freundschaftsgesellschaften mit der VR China gegründet. Dies zeigt, daß Vereinigungen dieser Art nicht einmal im Verkehr zwischen sozialistischen Staaten eine *conditio sine qua non* sind. Vielmehr handelt es sich bei ihnen um ein nützliches Vehikel für die Verwirklichung von Minimalbeziehungen im Kulturbereich sowie auf dem Gebiet des Delegationsaustausches. Man könnte sie auch als eine Art "Auffangbecken" für solche Auslandskontakte bezeichnen, die von den etablierten Staats- oder Parteiorganen nicht einzubringen sind. Solange noch keine offiziellen Beziehungen zu westeuropäischen Ländern bestanden, dienten sie -"Rufer in der Wüste"- als diplomatische Ersatzformen. Seit die zwischenstaatlichen Kontakte hergestellt sind, sind sie zu einem "zweiten Bein" der chinesischen Diplomatie geworden, insofern sie sich beispielsweise der Betreuung ausländischer Delegationen widmen (in der Bundesrepublik nimmt sich "Inter Naciones" dieser Aufgaben an). Das erfindungsreiche Netz von halboffiziellen Einrichtungen und Beziehungen, das fast 20 Jahre lang zu einer -wenn auch schwankenden- Brücke nach außen hin geknüpft worden war, hat also auch nach der weltweiten Aufnahme offizieller Beziehungen seine Existenzberechtigung keineswegs verloren, wengleich seine Bedeutung erheblich zurückgegangen ist. In diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, daß Taiwan, auf dessen Kosten ja die diplomatischen Gewinne Peking gehen, nunmehr seinerseits dazu gezwungen ist, die verlorengegangenen diplomatischen Beziehungen durch quasi-diplomatische Kontaktformen zu ersetzen. (8)

Neben den Freundschaftsgesellschaften sind noch weitere Volksorganisationen zu erwähnen, die bis zur "außenpolitischen Öffnung" Chinas höchst bedeutsam waren, und die auch heute -ähnlich wie die Freundschaftsgesellschaften- noch eine Rolle spielen. Am Vorabend der Kulturrevolution gab es 127 solcher Verbände in der Volksrepublik, und zwar 8 wirtschaftliche (u.a. den CCPIT), 5 alters- und geschlechtsmäßig ausgerichtete (z.B. Jugend- und Frauenverbände), 47 gesellschaftliche und kulturelle (Schriftsteller, Sport etc.) sowie weitere 47 wissenschaftliche Volksorganisationen. Von den insgesamt 1285 Einladungen an ausländische Besucher in den Jahren 1964/65 wurden nur 140 von Staatsorganen ausgesprochen. Die übrigen 1145 gingen auf das Konto der Volksdiplomatie. Mit 140 Einladungen führten die Gewerkschaften den Reigen an. An zweiter Stelle (58) stand der Verband für Kulturelle Beziehungen mit dem Ausland, sodann folgte der chinesische Journalistenverband (53 Einladungen), das Institut für Auslandsangelegenheiten (51), die verschiedenen Frauenverbände (37), der Verband für Rechts- und Staatswissenschaft (32), der Jugendverband (31), die Akademie der Wissenschaften (26), der Studentenverband (24 Einladungen) u.a. Organisationen.

Bis zur Kulturrevolution existierten schließlich auch sogenannte Solidaritätskomitees, so u.a. das für den "afro-asiatischen Bereich". Das Komitee ist allerdings in den Wirren der Kulturrevolution untergegangen und seitdem nicht mehr genannt worden.

Generell kann man sagen, daß die halboffiziellen Brückenorgane für den weiten Bereich der "Volksdiplomatie" zuständig sind, soweit nicht der Parteiapparat direkt "volksdiplomatisch" aktiv wird. U.a. können sie auch Abkommen schließen, so z.B. der CCPIT mit dem "Ostausschuß der deutschen Wirtschaft" i.J. 1957 (8a).

### 4. ANHANG: AUSSENPOLITISCHE ENTSCHEIDUNGSVORGÄNGE

Im vorangegangenen Abschnitt wurden die einzelnen außenpolitisch relevanten Organe aufgezählt. Welche dieser Gremien sind nun jeweils auf den drei Sprossen des außenpolitischen Entscheidungsprozesses (Vorbereitung, Beschlußfassung, Durchführung) zuständig? Die Beschlußfassung kommt hier -wie auf allen Gebieten- der Partei zu (Art. 2, Verfassung 1975: "Die Kommunistische Partei Chinas ist der führende Kern des ganzen chinesischen Volkes. Die Arbeiterklasse führt den Staat durch ihre Vorhut, die KPCh").

Vorbereitung und Durchführung dagegen obliegen zum Teil partei-, zum Teil staats- und zu einem restlichen Teil halboffiziellen Brückenorganen.

Der universelle Führungsanspruch der Partei ist vor allem durch drei Formen der Verklammerung mit dem Staatsapparat sichergestellt, nämlich

- durch die Personalunion zwischen den führenden Mitgliedern des Politbüros und des Staatsrats (Chou En-lai, Li Hsien-nien; Außenminister Chiao Kuan-hua ist ZK-Mitglied), die für eine Homogenität der Denkweise sorgt und sicherstellt, daß der manch-

mal aufbrechende Dualismus zwischen Partei und Staat überbrückt wird.

- Durch Bildung von Parteigrundorganisationen in jedem einzelnen Staatsgremium und in jeder Botschaft sowie
- durch "innere Kontrolle", die durch ständige Kommunikationsprozesse (Studienkurse, Kongresse, gemeinsame Kritiksitzungen usw.) sicherstellt, daß der einzelne "bewußt" im Sinne der "Mao Tse-tung-Ideen" an der Gestaltung der Außenpolitik mitwirkt.

Zentrum des Entscheidungsapparats ist das Politbüro, dessen außenpolitische Beschlußfassung nicht selten im Zeichen eines heftigen Tauziehens zwischen den Fraktionen steht.

Untersucht man den außenpolitischen Entscheidungsprozeß der VR China auf seine Zugehörigkeit zu "zentralisierten", "polarisierten" oder "dezentralisierten" Systemen, so kommt man -angesichts der dem Zwei-Linien-Prinzip verhafteten Denkweise der chinesischen Führung- zunächst einmal zu dem Ergebnis, daß das "dezentralisierte System", das durch ein breites pluralistisches Meinungsspektrum innerhalb der Führungselite gekennzeichnet ist, praktisch ausscheidet (9). Während das außenpolitische System der deutschen Bundesregierung seit 1949 durch einen Kreislaufprozeß gekennzeichnet ist, bei dem sich zentralisierte Systeme (1949-1957: hoher Konsens unter einem starken Bundeskanzler), dezentralisiertes System (1957-1966) und polarisiertes System (seit 1966) nacheinander ablösen, ist für die VR China die Polarisierung im außenpolitischen Entscheidungsbereich so etwas wie ein Regelfall. Dies wurde gerade bei einem Großereignis wie dem X. Parteitag (1973) deutlich (10).

Ein "zentralisiertes" Entscheidungssystem konnte sich andererseits immer nur kurzfristig durchsetzen, so z.B. in den Jahren der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zwischen 1950 und 1957 sowie -paradoxiertweise- auf dem Höhepunkt der Kulturrevolution.

Die Übergänge von der Zentralisierung zur Polarisierung erfolgten Hand in Hand mit außenpolitischen Innovationen, d.h. (1958 und 1968/69) mit dem jeweiligen Beginn neuer "Makrophasen".

Angesichts der Einengung des Entscheidungsprozesses auf zentralisierte und polarisierte Systeme spielen die Kategorien des "hohen Konsenses" und des "radikalen Dissenses" eine entscheidende Rolle, während "partieller Konsens" nur selten vorkommt. Chinesische Außenpolitik kann deshalb jahrelang von erstaunlicher Konstanz sein (hohe Berechenbarkeit Chinas im Zeichen des sino-sowjetischen Konflikts), dann aber plötzlich einen radikalen Wandel erfahren (diplomatischer "Einbruch" während der Kulturrevolution). Der Grund für einen solchen Umschwung ist dann nicht unbedingt bei der "Guerilla-Mentalität" zu suchen, sondern hängt mit dem Durchbruch einer Führungsgruppe zusammen, die zum bisherigen Entscheidungszentrum in einem polaren Verhältnis gestanden hatte.

Obwohl nach der marxistischen Betrachtungsweise subjektive Vorstellungen des einzelnen Entscheidungsträgers angesichts der ehernen Gesetze gesellschaftlicher Entwicklung unerheblich sind (11), hat es im Prozeß der außenpolitischen Entfaltung Chinas doch immer wieder Strömungen gegeben, die später -als vom objektiv vorgezeichneten Pfad abweichend- aufschärfte verurteilt wurden, so z.B. die Haltung Kao Kangs, der dem Sowjeteinfluß im Gebiet der ehemaligen Mandschurei allzu großzügig Vorschub leistete, ferner die Anlehnung Liu Shao-ch'is an die Sowjetunion und das Sowjetmodell, und schließlich die sogenannte "linke Abenteuerpolitik" Lin Piaos während der Kulturrevolution.

- (1) Die außenpolitischen Aktivitäten der Politbürofunktionäre lassen sich besonders deutlich ablesen an den Aktivitäten-Tabellen, die sich in jeder Einzelausgabe von "CHINA aktuell" befinden.
- (2) Präambel, Abs. 3; Präambel, Abs. 6, Art. 10 (Sicherheit des Landes, Art. 15 (Armee und Miliz), Art. 17 (Zuständigkeit des NVK), Art. 18 (Zuständigkeit des Ständigen Ausschusses des NVK), Art. 19/Abs. 2 (Aufgaben des Staatsrates (u.a. Außenminister), Art. 20 (Aufgaben des Staatsrates), Art. 26 (Widerstandspflicht gegen Aggressionen), Art. 29 (Asylrecht).
- (3) Zur Organisation des Außenhandelsministeriums vgl. Oskar Weggel, "Das Außenhandelsrecht der Volksrepublik China", Baden-Baden 1976, S. 161 ff.
- (4) Der Aufbau des Außenministeriums und die personellen Besetzungen sind im einzelnen dargestellt bei Wolfgang Bartke, "The Diplomatic Service of the People's Republic of China, as of January 1, 1975", Nr. 64 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1975.
- (5) Stand: 1974.
- (6) Einzelheiten zum CCPIT in Weggel, "Das Außenhandelsrecht der Volksrepublik China", Baden-Baden 1976, S 187 ff.
- (7) Eine tabellarische Übersicht über die Freundschaftsgesellschaften nach dem Stande vom November 1972, erarbeitet von Wolfgang Bartke, findet sich in "CHINA aktuell", November 1972, S. 39.
- (8) Oskar Weggel, "Phönix aus der Asche - Taiwans Bemühungen, diplomatische Beziehungen durch quasi-diplomatische Kontaktformen zu ersetzen", "CHINA aktuell", Februar 1975, S. 78 f.
- (8a) Weggel, "Das Außenhandelsrecht der Volksrepublik China", Baden-Baden 1976, S. 188.
- (9) Zu diesen Begriffen vgl. Heino Kaack und Reinhold Roth, "Die außenpolitische Führungselite der Bundesrepublik Deutschland", in: "Aus Politik und Zeitgeschichte" vom 15. Januar 1972, S. 50 ff.
- (10) Die außenpolitische Modellrede Chiang Ch'ings ist abgedruckt in "CHINA aktuell" 1975/August, S. 432 ff, mit Kommentar von Oskar Weggel, "Eine neue 'linke' Außenpolitik?", S. 427 ff.
- (11) "Mehr über die Differenzen zwischen Genossen Togliatti und uns" in "Proletarier aller Länder, vereinigt euch gegen den gemeinsamen Feind!", Peking 1963, S. 239 ff.